



Aus der Fraktion der Alternative für Deutschland (AfD) im Deutschen Bundestag

**Die Alternative für Deutschland (AfD) ist DIE Grundgesetzpartei – Grundrechte gelten vor allem in Krisenzeiten!**

Liebe Leser,  
mit großer Sorge blicke ich auf den aktuellen Zustand Deutschlands und das nicht (nur), weil wir es mit einem gefährlichen Virus zu tun haben, sondern weil wir uns mittlerweile in einem Zustand bisher unvorstellbarer Grundrechtslosigkeit befinden. Vor allem die Versammlungsfreiheit, die Vereinsfreiheit, die Religionsfreiheit, die Berufsfreiheit, die Meinungsfreiheit, das Eigentum, die Unverletzlichkeit der Wohnung und auch das allgemeine Persönlichkeitsrecht sind in einer schier unerträglichen Art und Weise eingeschränkt. Und da verwundert es sehr: Der Aufschrei der – ansonsten so sensiblen – Medien, der Verwaltungs- und Verfassungsgerichte, der Altparteienpolitiker und auch der Bürger findet nicht statt. Kaum leichteste Kritik ist zu vernehmen. Die Erosion des Rechtsstaates, die ich schon seit Jahren thematisiere – man denke hier nur an die Meinungsfreiheit, die verfassungswidrige Forderung Merkels, demokratische Wahlen ‚rückgängig‘ zu machen, die millionenfachen Verstöße gegen Art. 16a Grundgesetz oder den politischen Missbrauch des Verfassungsschutzes – hat sich nun in einem Ausmaß weiter verschlimmert, von dem nicht einmal ich geglaubt hätte, dass das möglich ist: Extreme Eingriffe in die Freiheit aller sind an der Tagesordnung und sogar die Bundesjustizministerin meint, dass in der aktuellen Situation, „Sorgen um unseren demokratischen Rechtsstaat geäußert werden, kann nicht überraschen. Verwunderlich – und vor allem höchst bedenklich – wäre das Gegenteil, also das Ausbleiben von Zweifeln, Mahnungen und Kritik“. Doch die Kritik trifft auf taube Ohren: Die derzeitigen Beschränkungen sind tiefe Eingriffe in die Grundrechte jedes Bürgers, also von uns allen!

Diese müssen zwingend auf das Notwendigste und die kürzest mögliche Zeitspanne beschränkt werden – die Grundrechte besitzen schließlich auch und vor allem in Krisenzeiten ihre Gültigkeit. Zumal hier erschwerend hinzukommt, dass Grundrechte und Verfassungsrecht schon in der Vorkrisenzeit stark unter Druck geraten waren. Als AfD werden wir darauf beharren, dass zwar das Nötige getan wird, um der Pandemie Einhalt zu gebieten, aber auf der anderen Seite unser Grundgesetz, unsere Grundrechte nicht durch exekutive Maßnahmen ausgehebelt wurden! Wo bleibt die Verhältnismäßigkeit, wenn ein Bürger, der Grundrechte aus dem Grundgesetz verliert, mit Polizeigewalt entfernt wird? Was spricht dagegen, ein Buch auf einer Bank im Park zu lesen? Wieso dürfen Baumärkte öffnen – andere Einzelhandelsgeschäfte aber nicht? Welche Gründe gab es dafür, dass sogar in sehr großen Kirchen mit genügend Platz fürs Abstandhalten zu Ostern keine Gottesdienste stattfinden durften, Lebensmittelläden aber voll bis unters Dach waren? Aber die wichtigste Frage von allen: Wieso zeigen sich sogar die (Verfassungs-) Gerichte offensichtlich so beeindruckt von den täglich veröffentlichten Zahlen des Robert Koch-Instituts und der Johns-Hopkins-Universität? Zwar werden schwerwiegende, teils sogar als irreversibel erkannte Grundrechtseingriffe für eine Vielzahl von Menschen durchaus gesehen, dennoch seien diese hinzunehmen. Ich meine: Wenn wir jetzt schlafen, laufen wir Gefahr, bald in einem Staat aufzuwachen, in dem die Grundrechte nichts als hohle Phrasen sind. Und das wäre dann das Ende der Demokratie, wie wir sie kennen und schätzen. Auch deshalb sollten wir alle (politisch) hellwach sein und bleiben!  
Ihr/ Euer **Stephan Brandner**



INHALT DIESER AUSGABE UNTER ANDEREM

**Gesetzliche Entschädigung für durch Zwangsmaßnahmen geschlossene Unternehmen statt Abspeisung nach Gutsherrenart!**  
*mehr auf Seite 2*



**Mit AfD-Regierungen stünden Deutschland, die Länder und die Bürger wesentlich besser da!**  
*mehr auf Seite 4*



**Parlamentarische Arbeit im Bundestag: Statistik bringt die Wahrheit ans Licht**  
*mehr auf Seite 6*



## Gesetzliche Entschädigung für durch Zwangsmaßnahmen geschlossene Unternehmen statt Abspeisung nach Gutsherrenart!

Tausende Betriebe sind aufgrund staatlicher Anordnung für einige Wochen, eventuell sogar Monate geschlossen worden. Betroffen sind etwa Gaststätten, Friseurgeschäfte und Einzelhandelsunternehmen. Ein gesetzlicher Entschädigungsanspruch besteht bislang nur sehr eingeschränkt. Zu dieser Problemlage merkt Stephan Brandner an: „Entschädigungszahlungen stehen Unternehmen nach § 56 Infektionsschutzgesetz nur dann zu, wenn sie selbst von dem Virus betroffen sind und deshalb etwa unter Quarantäne stehen. Erst recht müssen solche Ansprüche aber denen zustehen, die ihr nicht in dieser Weise betroffenes Unternehmen auf staatliche Anordnung hin schließen mussten und so von einem faktischen Berufsverbot betroffen sind. Dass das Infektionsschutzgesetz dies nicht vorsieht, ist bislang ein schlimmes und wohl auch verfassungswidriges Versäumnis, was ich mit Hilfe eines Antrags, der sich derzeit in der internen Abstimmung der Fraktion befindet, heilen möchte. Zwangsgeschlossene Unternehmen müssen für die Anordnungen entschädigt werden, wenn man nicht

riskieren will, dass der Großteil dieser Unternehmen nie mehr öffnen kann. Bislang können sie nach der gesetzlich nicht geregelten Sonderopfertheorie oder auf freiwilliger Basis nach Gutsherrenart vom Staat zu erhalten. Das reicht in einem Rechtsstaat natürlich nicht. Auch das Gegenargument, dass der Staat derart hohen

Entschädigungsforderungen nicht ausgesetzt werden darf, ist keines. Denn der Staat ist derjenige, der gehandelt hat – die Unternehmen müssen dulden. Und vielleicht kann ja der Staat damit zukünftig von Maßnahmen, die weit über das Notwendige hinausgehen, abgehalten werden.“



## AfD wirkt - automatische Diätenerhöhungen jetzt dauerhaft abschaffen!

Im Bundestag wird offenbar derzeit zwischen den Fraktionen – freilich unter Ausschluss der AfD – eine Abschaffung der Diätenerhöhung diskutiert. Nach Informationen der BILD-Zeitung konnte eine Einigung erzielt werden. Bereits seit Anfang der Legislaturperiode lehnt Stephan Brandner den Automatismus der Erhöhung ab: „Die Debatte um und die Abschaffung der automatischen Diätenerhöhung ist längst überfällig. Das ist seit vielen Jahren eine klare AfD-Position. Schön, dass die Altparteien offenbar auch hier nun auf den AfD-Kurs einschwenken. Wie unangenehm ihnen

das ist, zeigt die Tatsache, dass sie dies hinter verschlossenen Türen ohne Beteiligung der AfD machen. Gerade in der aktuellen Krisensituation ist es jedoch unumgänglich, den Automatismus abzuschaffen. Das ist auch mehr als nur ein symbolischer Akt: Während die Mehrheit der Bürger unter der kritischen Lage der Wirtschaft leidet, viele Menschen auf das Kurzarbeitergeld angewiesen sind und auch keine Entspannung der wirtschaftlichen Lage in Sicht ist, sondern wir viel mehr davon ausgehen müssen, dass unsere ganze Gesellschaft den Gürtel enger schnallen muss, kann es nicht

sein, dass die Diäten der Abgeordneten automatisch erhöht werden. Ich fordere, dass die Abschaffung nicht nur für dieses Jahr, sondern dauerhaft gilt.“

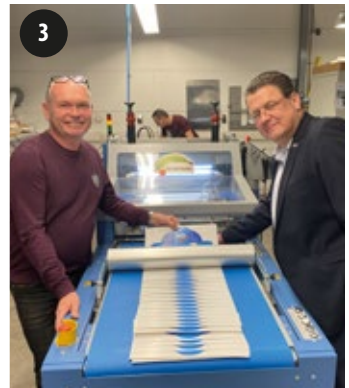


## Sogenannte Corona-Datenspende-App ist nichts anderes als eine Spitzel- und Überwachungs-App und daher strikt abzulehnen!

Der Präsident des Robert-Koch-Instituts Lothar Heinz Wieler hat eine sogenannte Corona-Datenspende-App vorgestellt, die „anonyme Daten über Symptome wie höhere Temperatur oder auch schlechten Schlaf, die auf Atemwegserkrankungen hinweisen“ angeblich anonymisiert an das RKI sende. Erfasst werden auch Postleitzahl, Größe

und Gewicht, Aktivitäten sowie Puls und Herzratenvariabilität. Mit Hilfe der Applikation sollen Rückschlüsse auf Infektionsgeschehen, Verbreitung und Wirksamkeit bisheriger Maßnahmen gezogen werden. Stephan Brandner wendet sich strikt gegen eine solche App. „Zunächst wird behauptet, die Nutzung wäre anonymisiert und

freiwillig, dann erfolgt sozialer Druck und ein jeder wird indirekt zur Nutzung gezwungen, dann wird eine Ausgangsberechtigung daran geknüpft und am Ende haben wir den gläsernen Menschen. Eine solche Überwachungs- und Spitzel-App ist der Einstieg in den vollkommenen Überwachungsstaat und absolut abzulehnen.“



### #Brandnerunterwegs

1. Bürgerdialog in Schmalkalden am 7. Februar
2. Wahlkreisbüroeröffnung René Aust am 8. Februar
3. Betriebsbesichtigung CTD-Druck am 20. Februar
4. Geburtstag Bürgerbüro Sömmerda am 20. Februar
5. Bürgerdialog Leverkusen am 27. Februar
6. Besuch bei der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung am 28. Februar
7. Besuch beim Bundesverwaltungsamt am 28. Februar
8. Populistischer Aschermittwoch in Overath am 28. Februar
9. Besuch beim Beitragsservice von ARD, ZDF und Deutschlandradio am 28. Februar
10. Bürgerdialog in Voerde am 29. Februar
11. Rundgang Thüringenausstellung am 2. März
12. Veranstaltung zu 30 Jahren Volkskammer am 12. März
13. Videointerview mit der ARD am 1. April
14. Telefonsprechstunde im Bürgerbüro Erfurt am 8. April



## Verbraucher nicht mit Reisegutscheinen abspeisen

Geht es nach dem Willen der Bundesregierung, sollen Kunden Gutscheine statt einer sofortigen Rückzahlung bekommen, wenn ihnen wegen der



„Corona-Krise“ Reisen oder andere Veranstaltungen – etwa in den Bereichen Kultur und Sport – abgesagt wurden. Wird diese Gutscheine bis Ende 2021 nicht eingelöst, soll das Geld vom Unternehmen erstattet werden. Der Vorschlag bedarf noch der Zustimmung der EU-Kommission, die sich bisher ablehnend gegenüber dem Gedankenspiel der Bundesregierung zeigt.

Stephan Brandner macht deutlich, dass er jede Maßnahme, die auf dem Rücken der Verbraucher ausgetragen wird, ablehnt. „Ich sehe keinen Anlass, das geltende Reiserecht bei Pauschalreisen jetzt einseitig zu Lasten der Verbraucher, die in der

jetzigen Situation auch so schon große Lasten tragen müssen, abzuändern. Von der Hand zu weisen ist außerdem auch nicht das Risiko, dass Unternehmen sich während der Gutscheinflaufzeit in die Insolvenz begeben müssen und der Gutschein damit wertlos ist. Die Bürger brauchen grade heute jeden Cent in der Tasche und nicht in Form von Gutscheinen. Ich kann mir auch nicht vorstellen, dass der Staat damit einverstanden wäre, wenn der Bürger seine Steuern zukünftig in Form von Reisegutscheinen zahlt. Daher Schluss mit diesen Vorschlägen auf dem Rücken der Bürger!“

## Mit AfD-Regierungen stünden Deutschland, die Länder und die Bürger wesentlich besser da!

Insbesondere in der aktuellen Krise wird deutlich, wie wichtig AfD-Regierungen in Bund und Ländern für Deutschland und seine Bürger wären. Die Versäumnisse der Altparteien würden gerade jetzt besonders deutlich, was sich nicht nur darin zeigt, dass ein Szenario bezüglich der Ausbreitung einer Pandemie in Deutschland aus dem Jahr 2012 (BT-Drs. 17/12051) vollkommen ignoriert wurde, sondern auch daran, dass die heute umgesetzte Schließung der Grenzen bis vor wenigen Tagen noch ein Tabu war.

„Mit einer AfD-Regierung gäbe es auch eine leistungsorientierte Forschung jenseits der Genderwissenschaften, umfassende Investitionen



in eine flächendeckende Krankenhausinfrastruktur und in dezentrale Strukturen sowie die ländlichen Räume, die gerade in Zeiten, in denen das Gebot des Abstandhaltens die Runde macht, wichtig sind. Es zeigt sich auch einmal mehr: Mit unserer Forderung nach einer Steuerentlastung aller Bürger, mehr Netto vom Brutto, mehr Meistern statt Mastern, also dem klaren Vorrang der beruflichen Ausbildung vor der universitären und auch der Beibehaltung und Förderung des Individualverkehrs lagen und liegen wir goldrichtig. Insgesamt würde es Deutschland und den Bürgern deutlich besser gehen, würde die AfD Regierungsverantwortung tragen!“

## Rundfunkbeitrag aussetzen – öffentlich-rechtlicher Rundfunk sollte auf teure Produktionen verzichten!

Die Zeiten der ‚Coronakrise‘ belasten viele Bürger Deutschlands; auch finanzielle Sorgen sind enorm. Daher ist es notwendig, dass der Staat Maßnahmen trifft, die eine Entlastung der Bürger herbeiführen. Neben Steuersenkungen und anderen Erleichterungen ist dabei insbesondere an eine Aussetzung des Rundfunkbeitrages zu denken.

Stephan Brandner erklärt, dass ein Aussetzen des Rundfunkbeitrages ein wichtiges Zeichen für die Menschen wäre. Da der Rundfunkbeitragsstaatsvertrag (RBStV) auch eine Reduzierung des Beitrages auf ein Drittel für behinderte Menschen vorsähe, die wegen ihres Leidens an öffentlichen

Veranstaltungen ständig nicht teilnehmen können, sei es nur folgerichtig, dass ein Beitrag insgesamt nicht mehr erhoben werden könne, wenn keine öffentlichen Veranstaltungen mehr stattfänden, wie es derzeit der Fall ist.

„Auch wenn der Beitrag von 17,50 Euro monatlich die finanziellen Leiden der Menschen nicht entscheidend lindern können wird, so wäre es doch ein wichtiges Zeichen, auf den Einzug der Gebühr zu verzichten und so zu verdeutlichen, dass auch der öffentlich-rechtliche Rundfunk zu Einschnitten bereit ist, die bereits jetzt weite Teile der Bevölkerung treffen und zukünftig treffen werden.“

Einsparpotential ist in erheblichem Umfang vorhanden. So sollte sich der Rundfunk während der Krise auf sein Kerngeschäft, also Nachrichten, Bildung und Kultur beschränken und teure Produktionen im Bereich von einfacher Unterhaltung oder schlichten Serien oder Krimis aussetzen“, so Brandner abschließend.



## Schlagzeilen aus Thüringen

### Umsiedlung von Flüchtlingen nach Erfurt ohne Information der Bürger ist unverantwortlich

In den ersten Apriltagen wurden Medieninformationen zufolge die ersten 32 von geplanten 120 Flüchtlingen aus der Erstaufnahmeeinrichtung in Suhl in einer Erfurter Jugendherberge untergebracht. Wenige Tage später folgten weitere 90.

Stephan Brandner, zu dessen Wahlkreis Erfurt zählt, zeigt sich überrascht darüber, dass weder die Anwohner informiert wurden, noch Abstandsregeln für Neuankömmlinge zu gelten scheinen, die dicht gedrängt den Einzug in die Jugendherberge vollzogen.

„Mir ist völlig unklar, wieso die Erstaufnahmeeinrichtung in Suhl, die kürzlich noch unter Quarantäne stand und deutschlandweit für Schlagzeilen gesorgt hatte, nachdem Flüchtlinge dort massiv gewalttätig geworden waren, um diese zu durchbrechen, derartige Kapazitätsprobleme zu haben scheint, dass nun in Erfurt eine Jugendherberge genutzt wird. Was allerdings für alle gilt, muss doch auch für diese Personen gelten: das Gebot des Abstandhaltens. Auch die Bürger rechtzeitig vorher in der Wohngegend über ein solches Vorhaben zu informieren, sollte jedoch selbstverständlich sein. Mir scheint, als hätte man die Anwohner schlicht vor vollendete Tatsachen stellen wollen, um Proteste zu vermeiden. Mit so klammheimlichen Aktionen macht man aber keine seriöse Politik, sondern verspielt das Vertrauen der Bürger.“

### „Deutsches Zentrum Mobilität der Zukunft“ nach Gera holen!

Der aus Bayern stammende Bundesverkehrsminister Scheuer plant, das ‚Deutsche Zentrum Mobilität der Zukunft‘ in München anzusiedeln,

wie er in unmittelbarer zeitlicher Nähe zu den dortigen Kommunalwahlen bekanntgab. Das Projekt soll mit einer halben Milliarde Euro aus Bundesmitteln gefördert werden und zahlreiche Arbeitsplätze schaffen.

Stephan Brandner, der auch Stadtrat in Gera ist, fordert die Ansiedlung stattdessen in Gera vorzunehmen, wo bereits das ‚Kompetenzzentrum für autonomes Fahren und Mobilität 2030‘ zu finden ist. Die Region sei außerdem infrastrukturell hervorragend angeschlossen und würde von einem solchen Projekt enorm profitieren.

„Die Ansiedlung von Einrichtungen des Bundes in den neuen Bundesländern ist ein wichtiger Beitrag zur Strukturpolitik der Region. Es irritiert mich, dass ein Minister offenbar die Gründung eines hochdotierten Bundesprojektes nutzte, um Wahlkampf zu betreiben und derartige weitreichende Entscheidungen im Hinterzimmer getroffen wurden. Das hat mehr als ein Geschmäcke. Man muss sich darauf besinnen, dass es einen geltenden Beschluss hinsichtlich der Ansiedlung von Bundesbehörden in den neuen Bundesländern gibt, der bisher viel zu selten berücksichtigt wurde. Gera ist der perfekte Standort für ein solches Forschungszentrum mit seiner hervorragenden Anbindung, seinen innovativen Ideen hinsichtlich des autonomen Fahrens und seiner attraktiven Umgebung. Auch die Lage zwischen den traditionellen Automobilstandorten Eisenach, Zwickau und Leipzig sowie Kölleda spricht für eine Ansiedlung in Gera. Für die vielen Arbeitskräfte stehen in unserer schönen Stadt genügend Wohnungen mit erschwinglichen Mieten zur Verfügung, die man in München nicht finden wird. Im Bundestag setze ich mich dafür ein, diese Standortentscheidung zu überdenken und das ‚Deutsche Zentrum Mobilität der Zukunft‘ nach Gera zu holen!“

### Deutlicher Rückgang ‚rechter Gewalt‘ in Thüringen

Die ‚Beratung für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Thüringen‘ ezra, gefördert durch Mittel aus Land und Bund, hat mitgeteilt, dass die Anzahl ‚rechter Angriffe‘ nicht nur deutlich zurückgegangen, sondern sogar auf einem Tiefststand seit dem Jahr 2014 befindlich sei. Ezra zählt 108 Angriffe im vergangenen Jahr 2019, also 58 weniger als noch im Jahr zuvor.

Stephan Brandner sagt dazu, dass jede Form der Gewalt, sei sie politisch links oder rechts oder aufgrund anderer Ideologien motiviert, abzulehnen sei. „Dennoch ist es erfreulich, dass sogar ezra, die nicht immer durch eine besonders neutrale Berichterstattung Schlagzeilen gemacht haben, zugibt, dass die Anzahl der Anschläge um etwa ein Drittel gesunken sei.“

### Begleitung für werdende Mütter bei Geburten im Waldklinikum Gera zulassen!

Insbesondere im Waldklinikum in Gera müssen werdende Mütter derzeit ohne die Unterstützung ihres Partners bei der Geburt ihres Kindes auskommen. Der Deutsche Hebammenverband kritisiert diese Regelung und macht deutlich, dass eine Geburt für die ganze Familie ein essentielles Ereignis sei und die erzwungene Trennung



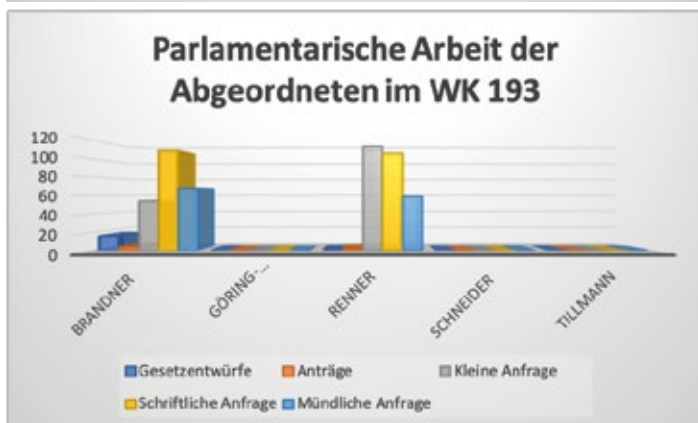
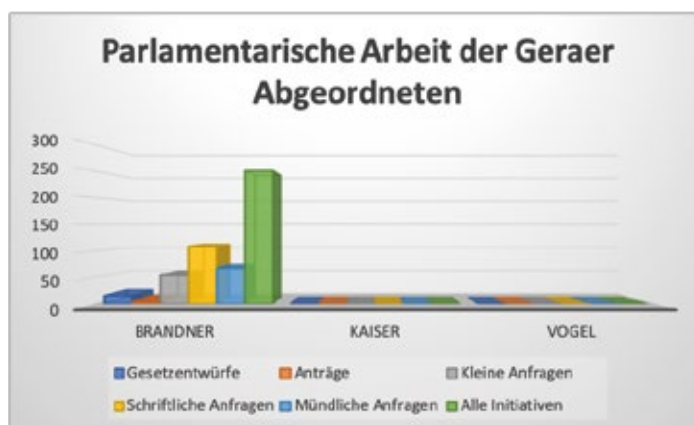
während und nach der Geburt weitreichende Folgen für die Familienbindung und Familiengesundheit haben kann. Der AfD-Bundestagsabgeordnete und Geraer Stadtrat Stephan Brandner erklärt, dass für diesen Sonderfall eine für alle verträgliche und angemessene Lösung gefunden werden müsse: „Für viele Familien stellt die aktuelle Situation sowieso schon eine große Herausforderung dar. Sie sorgen sich um die eigene und die Gesundheit ihrer Kinder, haben nicht selten Zukunftsängste und finanzielle Sorgen. Nun die werdenden Mütter auch noch zusätzlich damit zu belasten, bei der Geburt des Kindes allein sein zu müssen, ist falsch. Ich fordere, diese Maßnahmen zu überdenken und verhältnismäßige Lösungen zu finden, anstatt pauschal alle Begleitungen bei der Geburt auszuschließen!“



## Parlamentarische Arbeit im Bundestag: Statistik bringt die Wahrheit ans Licht

Eine Statistik des Deutschen Bundestages bringt es ans Licht: Stephan Brandner gehört ganz deutlich zu den fleißigsten Abgeordneten des Parlaments. Mit 16 von ihm federführend erstellten Gesetzentwürfen führt er die Liste aller 709 Bundestagsabgeordneten mit weitem Abstand an. Hinzu kommen 4 Anträge und 54 Kleine Anfragen. Besonderen Wert legt Stephan Brandner auch auf kurzfristig durch die Bundes-

regierung zu beantwortende schriftliche und mündliche Anfragen: Kein Thüringer Abgeordneter hat dieses wichtige Instrument zur Erkenntnisgewinnung häufiger genutzt als er. Mit 109 schriftli-



chen und 68 mündlichen Fragen ist er zudem der AfD-Abgeordnete mit dem höchsten Drang nach Antworten durch die Bundesregierung. Schockierend auch: Es gibt Abgeordnete, die

keinerlei parlamentarisches Engagement zeigen, etwa die grüne Spitzenkandidatin Göring-Eckardt, die ebenso wie Carsten Schneider und Antje Tillmann, die direkt gewählt wurde, ihre Wahlkreise in Erfurt haben, aber offensichtlich nicht nur dort unsichtbar ist. Auch die anderen Geraer Abgeordneten Vogel und Kaiser bleiben in dieser Legislaturperiode vollkommen stumm. So „arbeiten“ also die Altparteienvertreter in Berlin.

## Grenzkontrollen sehr erfolgreich und kaum zu glauben: Durchschnittlich momentan weniger als ein Asylbewerber pro Tag – statt täglich ca. 400

Die Bundesregierung erklärte auf Anfrage des Bundestagsabgeordneten und stellvertretendem Bundessprechers der Alternative für Deutschland, Stephan Brandner, dass seit der 12. Kalenderwoche – dem offiziellen Start der Einreisebeschränkungen in Deutschland – nur 39 Personen, davon allein 32 in der ersten Woche, zum Zwecke der Asylantragstellung nach Deutschland eingereist seien, wovon 20 auf dem Luft- und 19 auf dem Landweg eingereist wären.

Stephan Brandner macht deutlich, dass man auch an dieser Stelle sehe, wie die Politik der AfD wirke: „Als ich diese Zahlen in der Antwort der Bundesregierung gelesen habe, konnte ich es kaum

glauben: Grenzkontrollen bringen offensichtlich nicht nur etwas, sondern sehr viel und viel mehr, als sogar ich dachte. Zumal ja – glaubt man der Bundesregierung – lediglich Kontrollen und offenbar keine Zurückweisungen von mutmaßlichen Asylbewerbern stattfinden. Die Bundesregierung war Anfang April noch von deutlich höheren Zahlen ausgegangen und sprach, ebenso wie Innenminister Seehofer, in der Vergangenheit häufiger von 400 bekannten Einreisen pro Tag. Das zeigt deutlich: Wenn man deutsche Grenzen schützen will, so ist das auch möglich, gänzlich ohne Gewalt und sehr effizient. Der aktuelle Zustand ist mehr als erfreulich und muss auch nach Beendigung der Coronakrise beibehalten werden.

Nicht nur zur Eindämmung der Pandemie sind konsequente Grenzkontrollen und die Abweisung an den Grenzen wichtige Bausteine. Auch der innere Frieden in Deutschland ist auf diese klassischen Maßnahmen, deren Wirksamkeit stets von allen Altparteien in Abrede gestellt wurde, angewiesen. Unterstellt, eine solch konsequente und erfolgreiche Grenzsicherung wäre, wie von der AfD gefordert, bereits im September 2015 eingeführt worden, wären bis heute nicht einmal 2.000 Asylbewerber eingereist. Tatsächlich kamen aber mehrere Millionen, was zu hunderten Milliarden Euro Kosten und erheblichen gesellschaftlichen Verwerfungen geführt hat.“

## Gastbeitrag Marcus Bühl: Die Regierung tut nicht genug für die innere Sicherheit unseres Landes und verschwendet Steuergeld bei Integrationskursen

Das Haushaltsgesetz umfasst im Jahr 2020 Ausgaben in Höhe von fast 362 Milliarden Euro. Den Schwerpunkt der Änderungsanträge legte die Fraktion der AfD auf die Innere Sicherheit, den Grenzschutz, Migration und Integration sowie die Stärkung des Ehrenamts.

Durch die unveränderte Bedrohungslage sind die Anforderungen an die Sicherheitskräfte erheblich gestiegen. Daher wollen wir mehr Mittel für das Bundeskriminalamt, die Bundespolizei sowie das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik und die Zentrale Stelle für Informationstechnik im Sicherheitsbereich zur Verfügung stellen. Umfangreichere Aufgaben erfordern einen größeren Personalstock. Veraltete IT-Technik in den Sicherheitsbehörden muss erneuert, Inkompatibilitäten in der IT für ein effizientes Arbeiten beseitigt werden. Unsere Bundespolizisten müssen zeitgemäß ausgestattet werden. Wir wollen beispielsweise spezielle Westen zum Schutz gegen Sturmgewehrbeschuss, Bodycams und neueste Nachtsichtgeräte anschaffen, um den anspruchsvollen Einsätzen unserer Bundespolizei beim nationalen Grenzschutz, bei Frontex und im Ausland Rechnung zu tragen.

Bei den Sicherheitsbehörden werden auch in 2020 neue Kräfte eingestellt. Jedoch müssen diese erst die dreijährige Polizeiausbildung durchlaufen. Insofern bleibt die Personalsituation im Verhältnis zu altersbedingten Ausscheiden, besonders bei der Bundespolizei, angespannt. Die Überstundenbelastung ist hoch. Es kommt durch die Personalsituation zu temporären Schließungen von Polizeirevieren, weniger Präsenzstreifen zur Prävention und Beschränkungen der Fortbildung auf das absolut Notwendige. Das Sparen bei den Sicherheitsbehörden von 2005 bis 2015 spiegelt sich jetzt bei Personalstärke und Ausrüstung wider. In die Haushaltsberatung brachte ich den Vorschlag ein, 500 Verwaltungsbeamte anderer Geschäftsbereiche in die Bundespolizei zeitweise abzuordnen, um Polizeivollzugsbeamte von administrativen Aufgaben zu entlasten. Es stimmt mich nachdenklich, wenn Bundesinnenminister Horst Seehofer die Ausstattung der Bundespolizei als ausreichend bezeichnet, wie in den Haushaltsberatungen geschehen. Dies sehe ich ein wenig anders. Die Prioritäten bei den Haushaltsausgaben wurden nicht richtig gesetzt. Die Sicherheitskräfte im Polizeibereich müssen m.E. schon heute entlastet werden und nicht erst mittelfristig. Die

Einführung der neuen modularen Schutzweste geht zu langsam voran. Es besteht Mehrbedarf bei der Anschaffung von Einsatzschutzhelmen, Atemschutzmasken, leichtem Körperschutz sowie Einsatzmitteln für die BFE+ Kräfte. Es bleibt mir unverständlich, dass bei einem über 15 Milliarden Euro umfassenden Haushalt der körperliche Schutz unserer Beamten und ihre technische Ausstattung nicht stärker gewichtet wird. Außerdem ist es nicht ausreichend, wenn der neu eingeführte Digitalfunk innerhalb von Gebäuden ausfällt oder gar nicht funktioniert. Auch das gefährdet die Sicherheit unserer Polizisten. Gefreut habe ich mich jedoch, dass durch unsere Änderungsanträge die Umrüstung der in die Jahre gekommenen „Super Puma“ Transporthubschrauber der Bundespolizei in den Etat aufgenommen wurde. Beginnend ab 2020 werden die zum Teil 40 Jahre alten Hubschrauber schrittweise ersetzt.



Nachdrücklich habe ich mich für den Erhalt des Programmes „Stark für Dich. Stark für Deutschland.“ eingesetzt. Diese Kampagne hat das Ziel, zunehmenden Übergriffen auf uniformierte Polizei- und Rettungskräfte entgegenzuwirken. Aus unserer Sicht muss Gewalt gegen Polizeibeamte und Rettungskräfte konsequent und mit allen Mitteln des Rechtsstaates begegnet werden. Die Sicherheitskräfte stehen mit ihrer täglichen Arbeit dafür ein, dass Menschen in Not geholfen und die Sicherheit unserer Gesellschaft gewahrt wird. „Stark für Dich. Stark für Deutschland“ unterstützt das Ziel, Respektlosigkeit gegenüber Einsatzkräften entgegenzutreten, und ich unterstütze diese Kampagne ausdrücklich. Für ihre schwierige und belastende Arbeit danke ich an dieser Stelle allen Sicherheitskräften.

Die Haushaltsvorstellungen der Regierung zum Thema Migration und Integration bleiben hochproblematisch. Die Integrationskurse nach der Integrationskursverordnung werden den Steuerzahler 2020 über 900 Millionen € kosten, wahrscheinlich mehr. Der Erfolg dieser Kurse ist fraglich, denn lediglich 20 Prozent der Teilnehmer erreichten das geforderte Sprachniveau B1.

Jetzt sollen Sozialpädagogen die Lernmotivation der erwachsenen Zuwanderer in den Kursen erhöhen. Solche Maßnahmen sind den Bürgern, die mit ihren Steuern diese teuren Kurse finanzieren, nicht zu vermitteln. Ein Schutzstatus sollte zudem nur einen vorübergehenden Aufenthaltstitel beinhalten, so dass umfangreiche Integrationsmaßnahmen überflüssig sind. Diese enormen Ausgaben wollen wir reduzieren. Das BAMF hat strukturelle Schwierigkeiten, rechtskräftige Asylbescheide zu erstellen. Da die fachbezogenen Verwaltungsausgaben weit stärker steigen als die zu bearbeitenden Fallzahlen, treten wir für eine Absenkung der vorgesehenen Mittel ein.

Konkret forderten wir für 2020 mehr für Investitionen in die Innere Sicherheit: 45 Mio. Euro mehr für Ausrüstung und Gerät bei der Bundespolizei und BKA, 150 Mio. Euro mehr zur Umflottung der Transporthubschrauber der Bundespolizei und 17,5 Mio. Euro mehr für Ausrüstung und Gerät bei den Bereitschaftspolizeien der Länder. Wir sind dafür eingetreten, die Kostenexplosion bei Integrationsmaßnahmen zu senken: dies umfasst Streichungen bei Sprach- und Integrationskursen um 400 Mio. Euro, bei Erstorientierungskursen für Asylbewerber mit unklarer Bleibeperspektive um 38 Mio. Euro, bei der Migrationsberatung für erwachsene Asylbewerber um 70 Mio. Euro. Außerdem beantragten wir die Mittel zur Förderung der freiwilligen Ausreise um 52 Mio. Euro abzuschaffen. Die Mittel zur Durchführung der Islamkonferenz sollten gestrichen werden, bis verfassungstreue Verhandlungsparteien am Tisch sitzen. Für das THW beantragten wir die personelle und materielle Umsetzung des Sonderprogramms „Notversorgung Trinkwasser.“ Der THW Standort Erfurt wartet noch heute auf die in Aussicht gestellten Mittel.

Was bleibt, ist die Erkenntnis, dass noch eine Menge Arbeit und Anstrengungen vor uns liegen, die innere Sicherheit unseres Landes zu erhöhen und für eine starke und gut ausgerüstete Polizei zu sorgen.

## Berlinfahrt im März 2020

Vom 2. bis zum 4. März 2020 durfte ich meine Besuchergruppe aus Erfurt, Sömmerda und Weimar in Berlin begrüßen. Auf dem umfangreichen Programm stand diesmal neben dem obligatorischen Besuch des Bundestages ein Abstecher ins Futurium – dem Haus der Zukünfte, ein Informationsgespräch in der Thüringer Landesvertretung, ein Besuch des Museums für Film und Fernsehen, eine Stadtrundfahrt sowie ein Besuch des Bundesverteidigungsministeriums. Auch wenn aktuell keine vom Bundespresseamt organisierten Fahrten nach Berlin stattfinden können, so hoffe ich doch, dass meine nächste geplante Fahrt, die vom 11. bis 13. August stattfinden soll, wieder durchführbar ist.



## Jetzt auch bei Telegram!

Gerade während der aktuellen Krise ist es wichtiger denn je, gut informiert zu sein. Um diesem Bedürfnis noch besser zu entsprechen, hat Stephan Brandner nun auch einen Telegramkanal eingerichtet und ist somit auf einem weiteren sozialen Netzwerk nach Facebook, Twitter, Youtube und Instagram vertreten.



## Die rechte Ecke

### Wieder eine Finanzspritze des Bundes für die Amadeu Antonio Stiftung

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) hat entschieden, ein neues Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt (FGZ) für zunächst vier Jahre mit bis zu 10 Millionen Euro jährlich zu fördern. Dabei soll es sich um einen Verbund aus elf Hochschul- und Forschungsinstituten handeln, zu dem auch das IDZ Jena in Trägerschaft der Amadeu Antonio Stiftung gehören und unter anderem den Fragen nachgehen soll, wie sich „Diskriminierung, Hasskriminalität und Rechtsradikalismus auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt auswirken“. Weitere Forschungsfragen sollen etwa „die Bedeutung von Geschichtsrevisionismus und rechten Angriffen auf die Erinnerungskultur sowie der Umgang der nationalen und internationalen radikalen und populistischen Rechten mit der ökologischen Transformation und die Folgen für den Zusammenhalt“ sein. Geplant ist im Rahmen des umfangreich geförderten Forschungsprojektes auch die Gründung einer interdisziplinären „Zeitschrift für Rechtsextremismusforschung“ sowie der Aufbau eines neuen Masterstudienganges „Civic Education“, der sogenannte Multiplikatoren in der politischen Bildung, der sozialen Arbeit und der Beratung ausbilden soll. Die Ergebnisse dieser „Forschung“ kennen wir alle schon heute.



### Wahlkreisbüro Gera

Rudolf-Diener-Straße 21 - 07545 Gera  
Tel.: 0365 - 20 42 41 30 Fax: 0365 - 22 69 12 50  
kontakt@brandner-im-bundestag.de

Öffnungszeiten: Dienstag, Mittwoch und Donnerstag  
von 10 bis 18 Uhr und nach Vereinbarung

### Wahlkreisbüro Erfurt

Ilderhoffstraße 37 - 99085 Erfurt  
Tel.: 0361 - 60 27 96 30 Fax: 0361 - 60 27 96 31  
stephan.brandner.wk@bundestag.de

Öffnungszeiten: Montag, Mittwoch und Freitag  
von 10 bis 18 Uhr und nach Vereinbarung

### Wahlkreisbüro Sömmerda

Weißenseer Straße 8 - 99610 Sömmerda  
Tel.: 03634 - 69 22 888 Fax: 03634 - 69 22 889  
stephan.brandner.wk@bundestag.de

Öffnungszeiten: Donnerstag  
von 10 bis 17 Uhr und nach Vereinbarung

### Impressum:

Herausgeber:  
Stephan Brandner  
Platz der Republik 1 - 11011 Berlin  
www.brandner-im-bundestag.de

V.i.S.d.P. Stephan Brandner  
Chefredaktion: Dr. Alexandra Kloß  
Satz & Druck: Philipp Schmidt  
Bildnachweis: pixabay

www.facebook.com/stBrandner  
www.twitter.com/stbrandner  
www.instagram.com/stephanbrandner  
www.youtube.com/c/stephanbrandnermdb  
t.me/StephanBrandnerMdB